A1 WiFi4EU Fördermittel gezielt nutzen

Antragsteller*in:	Daniel Gerber, Matthias Jobke, Lars Wesemann
Tagesordnungspunkt:	2. Anträge 1

Das Internet und die Netzanbindung verändern unser Privatleben und die berufliche Praxis in Deutschland und der Europäischen Union. Daher müssen die Bürger ermutigt werden, die mit dieser Entwicklung verbundenen Chancen zu nutzen. Dank des Vorschlags der EU Kommission können Kommunen bei der Schaffung kostenlos verfügbarer lokaler drahtloser Internetverbindungen mit hoher Kapazität für öffentliche Einrichtungen finanzielle Unterstützung erhalten. Wir von Bündnis 90/Die Grünen fordern die Stadtverwaltung auf die Fördermittel des WiFi4EU Projekts, sobald die Anmeldung (Prinzip: First-Come-First-Serve) freigeschalten ist, in Anspruch zu nehmen um den Aufbau eines Stadtweiten kostenlosen WLAN, wie es die L Gruppe bereits betreibt, weiter zu unterstützen.

Begründung

Eine kostenlose lokale drahtlose Internetanbindung an Orten, an denen sich viele Menschen während ihres Tagesablaufs vorübergehend einfinden, kann einen beträchtlichen zusätzlichen Nutzen bieten, da ungenutzte Zeit bzw. Wartezeiten so produktiv, zur Entspannung oder zur Information genutzt werden können. Ferner kann durch solche lokalen Zugangspunkte eine dichtere Internetversorgung an schwer erreichbaren Orten oder an Orten, an denen allein aufgrund der großen Zahl der Nutzer die Qualität einer drahtlosen Verbindung stark leiden würde, gewährleistet werden. Sie unterstützen ferner das Interesse an der Nutzung von im öffentlichen Auftrag tätigen Einrichtungen und fördern ganz allgemein deren Attraktivität. Zudem wird so allen Menschen ein Internetzugang geboten, auch soziale Gruppen, denen Aufgrund ihrer finanziellen Situation oder da sie wohnungslos sind Internet nicht oder nur ungenügend zur Verfügung steht. Seit 2015 wird in der Stadt ein kostenfreies WLAN aufgebaut. Das Geld aus der EU kann genutzt werden, um das Netz weiter auszubauen. Die Maßnahme ergänzt den „Europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation, wonach jeder EU-Bürger, zumindest an einem festen Standort, das Recht auf eine funktionale Internetverbindung hat, die erschwinglich ist und eine umfassende Interaktion mit der digitalen Wirtschaft und Gesellschaft ermöglicht“ (Quelle: VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1316/2013 und (EU) Nr. 283/2014 im Hinblick auf die Förderung der Internetanbindung in Kommunen, http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016PC0589&from=DE).

A2 OParl und meine-stadt-transparent.de

Antragsteller*in:	Daniel Gerber, Matthias Jobke, Lars Wesemann
Tagesordnungspunkt:	3. Anträge 2

Wir von Bündnis 90/Die Grünen fordern, dass die Stadt Leipzig beim Hersteller der Ratsinformationssoftware ALLRIS, namlich CC e-gov GmbH, die Integration und Inbetriebnahme der OParl Schnittstelle beauftragt. Des weiteren fordern Bündnis 90/Die Grünen Leipzig, dass unter der zu registrierenden Domain https://leipzig-transparent.de/ eine Instanz der Software https://meine-stadt-transparent.de/ zur Verfügung gestellt wird, welche auf die Oparl Schnittstelle von ALLRIS zugreift und so den Nutzern zugänglich macht.

Für die erhobenen Forderungen entstehen folgenden Kosten:

Posten Vorkommen Preis

Lizenzaufwand Einmalig 750 €

Pflege Monatlich 15 €

Einrichtung Einmalig 400 €

Domain Jährlich 5,97 €

Server[1]Monatlich 49,98 €

Diese sind aus dem Haushalt der Stadt Leipzig zu bestreiten.

1Empfehlung für Applikationen mit hohem Arbeitsspeicherverbrauch: OVH B2-15 weitere Infos unter https://www.ovh.de/public-cloud/instances/preise/

Begründung

Um den großen Papierverbrauch der Stadträte zu minimieren, wurden in den 2000ern ein großer Teil der Stadtratsverwaltung digitalisiert. Dieses Ratsinformationssysteme (RIS), ist oft die einzige Möglichkeit, an wichtige Dokumente zu kommen. Dort befinden sich z.B. Informationen zu Bauvorhaben, Schulen und Kitas, den ÖPNV sowie andere interessante Dokumente für eine Vielzahl von Vereinen und Initiativen. Leider ist die Webseiten als Informationsquellen für Bürger nur schlecht zu gebrauchen: Die Oberflächen sind veraltet, voll mit bürokratischen Fachbegriffen und die Suchfunktion liefert nur unzureichende Ergebnisse. Dadurch werden viele wichtige Dokumente für die Öffentlichkeit faktisch unzugänglich.

Die Digitalisierung bietet der öffentlichen Verwaltung vielfältige Möglichkeiten, Innovation und Veränderung für ein transparentes und besseres Regierungshandeln aktiv mitzugestalten. So wurde zum Beispiel der von der Open Knowledge Foundation[1] entwickelte und betreute Industriestandard für Gremiendaten OParl konzipiert. Der Standard wurde entwickelt um Politikverdrossenheit zu bekämpfen und ehrenamtliches Engagement zu unterstützen.

Mit der Freigabe der Informationen des Ratsinformationssystems über die Schnittstelle OParl erhalten Entwickler die Möglichkeit, Informationen neu darzustellen und so Bürgerinnen und Bürger besser einzubinden. Die Transparenz kommt nicht nur interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu Gute, auch Journalisten, Blogger, Wissenschaftler u.v.m. würden davon profitieren. Und nicht zuletzt ist OParl eine Form der digitalen Wirtschaftsförderung.

Wie in Bild 1 zu sehen ist, haben bereits 27 Kommunen in Nordrhein-Westfalen[2] das Potential von OParl erkannt und bieten ihre Daten und Dokumente über OParl an. Wir von Bündnis 90/Die Grünen Leipzig fordern, dass Leipzig im Osten eine Führungspostion einnimmt und die Förderung von solchen Initiativen unterstützt. Wir fordern außerdem, dass eine Instanz der Software https://meine-stadt-transparent.de für die Bürger bereit gestellt wird, da sie folgende Möglichkeiten bietet:

- Volltextsuche für alle Dokumente und Anhänge
- Benachrichtigungsfunktion, die Nutzer über von ihnen abonnierte Themen (z.B.: Stadtwerke oder aber auch alles im Umkreis von 300m um Kurt-Eisner-Straße 12) informiert
- Modernes Webdesign, die Website funktioniert auch auf Smartphones

1https://okfn.de

2https://open.nrw/22-kommunen-sind-mit-oparl-gestartet